

Evangelische Verantwortung

Mehr als eine selbstgerechte Konsumgesellschaft – Menschenrechtspolitik nach Ende des Kalten Krieges

Friedbert Pflüger

„Ein Gipfel der Barberei ist erreicht.“ Mit diesen Worten beschrieb der Generalsekretär von Amnesty International (ai), Volkmar Deile, auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in München die Menschenrechtssituation in der Welt. 1992 waren nach seinen Angaben in 62 Staaten politische Gefangene inhaftiert, die gewaltlos für ihre Überzeugungen eingetreten waren.



Dr. Friedbert Pflüger, MdB: Die Anforderungen an Menschenrechtspolitik müssen noch steigen.

In 110 Staaten registrierte ai Folter und Mißhandlungen. Das Internationale Rote Kreuz sieht die Situation ähnlich: 1992 sei das Jahr mit den umfassendsten Menschenrechtsverletzungen seit dem 2. Weltkrieg gewesen.

Die Hoffnung, daß das Ende des Kalten Krieges zu vermehrter Achtung der Menschenrechte führen würde, hat getrogen. Religiöser Fanatismus, Na-

Liebe Leser,

herzlich möchte ich Sie einladen zur 34. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 22. und 23. Oktober 1993 in Lübeck.

Unser Motto lautet „Macht und Verantwortung – Politik im Dienste der Menschen“. Verantwortung braucht Macht und Macht ist ohne Verantwortung nicht denkbar. Es kommt darauf an, beides in das rechte Verhältnis zu setzen.

Die Jahreslosung „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ gibt Christen eine eindeutige Orientierung. Über ihre ganz alltägliche Wahrnehmung werden am Freitag Abend Ministerpräsident Dr. Berndt Seite und Bischof Karl Ludwig Kohlwege miteinander sprechen.

Welcher Aufgaben sich eine Politik im Dienste der Menschen annehmen muß, darüber werden am Samstag Vormittag Vertreter von Wirtschaft, Kirche und Politik diskutieren.

Auf die Einführung des Präsidenten des BDI, Tyll Necker, und von Bischof Christoph Stier sind wir ebenso gespannt wie auf die anschließende Podiumsdiskussion mit Brunhilde Fabricius, Dr. Ottfried Hennig, Peter Hintze und Christian Wulff.

Ich würde mich freuen, wenn Sie Zeit und Interesse hätten, nach Lübeck in die Petri-Kirche zu kommen, auch Ihre Freunde und Bekannten sind herzlich willkommen.

Ihre

Dr. Angela Merkel

P.S.: Das vollständige Programm finden Sie auf Seite 16!

tionalismus, Rassismus und ethischer Haß drohen die Nachfolge von Kommunismus, Faschismus und Nationalismus anzutreten. Nach dem **Zeitalter der Ideologien** im 20. Jahrhundert winkt nun die Rückkehr der Konflikte, Krisen und Kriege des 19. Jahrhun-

Aktive Menschenrechtspolitik weltweit vorantreiben

Die CDU muß eine solche Menschenrechtspolitik konzeptionell mitgestalten. Das „C“ im Namen ver-

zeitig mit den Tyrannen gemeinsame Kulturfeste zu veranstalten, oder sie aus wirtschaftlichen Gründen zu umschmeicheln, das bestätigt nur das Vorurteil der Fundamentalisten aller Länder gegen eine angeblich kraftlos gewordene westlich-europäische Zivilisation. Wenn der vom Todesurteil persischer Mullahs bedrohte Schriftsteller Salman Rushdie aus Sicherheitsgründen nicht mehr mit der Lufthansa transportiert werden darf, wenn sich Rundfunkanstalten aus Angst vor Anschlägen weigern, Sendungen über die „Satanischen Verse“ auszustrahlen, und Rushdie bei einem Bonn-Besuch im Auswärtigen Amt nur auf Unterabteilungs-Ebene „wahrgenommen“ wird, geben wir uns dann nicht der Verachtung preis?

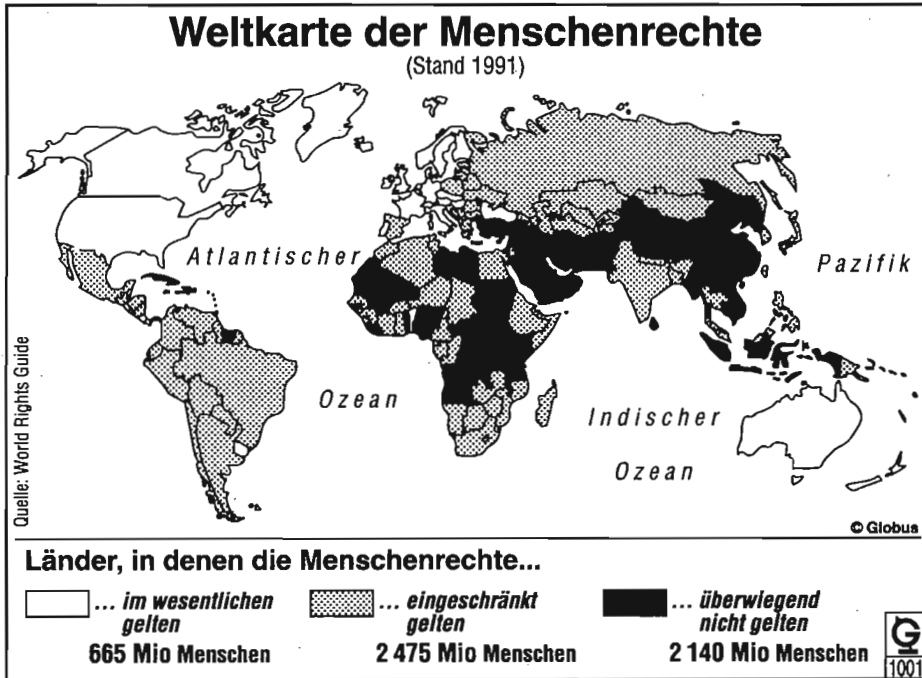
Wir wollen die Beziehungen zum Iran verbessern. Es ist auch legitim mit Teheran Handel zu treiben und Verträge zu schließen. Aber immer wieder gehören auch z.B. die Hinrichtungen in Persien auf die Tagesordnung. Hätten die EG-Staaten nicht auch in einer konzertierten Aktion die iranischen Botschafter ausweisen können, nachdem es im Herbst letzten Jahres zur Erneuerung und Verschärfung des Todesurteils gegen Rushdie kam?

Ähnliches gilt für China. Drei Jahre nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz fuhr der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland nach Peking und erklärte unsere Beziehungen mit dem kommunistischen China für „normal“. Seine Zielsetzung, die wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen, war und ist richtig, nutzt unseren Interessen und kann sogar eine gewisse politische Aufweichung des totalitären Regimes in China bewirken. Aber müssen wir unser Verhältnis deshalb gleich „normalisieren“?

Gibt es überhaupt normale Beziehungen zwischen einer Demokratie und einer Diktatur?

Vorbildlich machen es die Amerikaner. Auch sie bauen ihre wirtschaftlichen Kontakte mit Peking aus und führen einen umfassenden politischen Dialog. Aber gleichzeitig drohen sie mit der Entziehung der sogenannten Meistbegünstigung im Handel und gleichzeitig verabschiedet der Kongreß eine Resolution gegen die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2000 in China.

Damit wird eine klare Botschaft an die kommunistischen Führer geschickt, die nach dem frechen Auftre-



derts – aber mit den technischen und medialen Machtmitteln der Moderne. Ist die Orgie der Menschenverachtung im ehemaligen Jugoslawien, deren Zeuge wir Abend für Abend vor unseren Fernsehschirmen sind, vielleicht nur ein Vorgeschmack auf ein **Zeitalter ethnischer Barberei**? Hoffentlich war der „Gipfel“, von dem Herr Deile sprach, nicht nur eine erste Anhöhe auf dem Weg zu Schlimmerem.

In jedem Fall gibt es keinen Anlaß zur Entwarnung. Im Gegenteil. Die Anforderungen an Menschenrechtspolitik müssen in einer diffus gewordenen Umwelt noch steigen: Die Beobachtungs- und Dokumentationsmöglichkeiten von Menschenrechtsverletzungen, die Zusammenarbeit mit internationalen Menschenrechtsorganisationen, das Anreiz- und Sanktionsinstrumentarium der freiheitlichen Staaten aber auch der internationalen Institutionen, allen voran der UNO – müssen der neuen weltpolitischen Situation angepaßt, verfeinert und verstärkt werden. Es ist eine ethische Pflicht, aber auch die Interessenlage der deutschen Politik, bei der Formulierung und Durchsetzung einer weltweiten Menschenrechtspolitik eine führende Rolle zu spielen.

pflichtet uns auf die Würde aller Menschen, nicht nur der Deutschen. Aktive Menschenrechtspolitik, die nicht auf einem Auge blind ist, muß in Zukunft noch mehr als bisher ein Markenzeichen christlich-demokratischer Politik sein. Unsere Möglichkeiten sind begrenzt, aber dennoch muß im Grundsatz gelten: Jeder Unterdrückte und Gefolterte ist unser Freund, jeder Unterdrücker und Folterer unser Gegner. Die Menschenrechtsbilanz eines Staates kann nicht das einzige Kriterium für die Gestaltung unserer Beziehungen zu ihm sein, aber sie muß merklich ins Gewicht fallen und z.B. bei der Gewährung von Entwicklungshilfen eine wesentliche Rolle spielen. Die Forderung nach grundlegenden universell geltenden Menschenrechten gehört zum Kernbestand christlich-demokratischer Außenpolitik.

Das nicht nur rhetorisch zu bekunden, sondern auch praktisch umzusetzen, liegt auch im wohlverstandenen deutschen und europäischen Interesse. Die Menschenrechte bei uns können letztlich nur dann gesichert werden, wenn wir genügend Kraft aufbringen, sie auch andernorts zu verteidigen bzw. einzufordern. Die Tyrannei nur in Worten zu bekämpfen, aber gleich-

ten ihrer Diplomaten bei der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien im Juni 1993 mehr als gerechtfertigt erscheint. Man kann eine Regierung, die mehr als 1 Milliarde Menschen unterdrückt, nicht mit der Olympiade belohnen! Die chinesischen Oppositionellen würden allen Mut verlieren und aufhören, an uns zu glauben. Wenn wir aber die Freiheit weiter zum Thema der Beziehungen machen – dann schaffen wir uns schon heute gute Freunde für die postkommunistische Zeit.

Geistig-politisches Konzept entwickeln

Mit solcher Politik zeigen wir, daß die westliche Zivilisation mehr ist als eine selbstgerechte Konsumgesellschaft. Unsere Lebensform hat ein kulturelles Prinzip, mit dem es uns ernst ist. Im Kalten Krieg hatte der „Gegner“ in Moskau in gewisser Weise als Korrektiv für unsere Ordnung gewirkt und durch seine Bedrohung immer wieder Einigkeit zwischen den Staaten im Westen geschaffen. NATO und EG wären ohne die Angst vor dem Kommunismus in dieser Weise gar nicht denkbar gewesen. Nachdem die Sowjetunion nun aber nicht mehr besteht und der äußere Druck entfällt – ist es da für die sich westlichen Prinzipien verpflichtende Staatengemeinschaft nicht um so notwendiger, Kohärenz zu schaffen und sich einer gemeinsamen Aufgabe zu widmen? Was eignet sich dafür besser als die Menschenrechtspolitik? Die Welt erwartet von der europäischen und der atlantischen Gemeinschaft mehr als gute Geschäfte, materielle Entwicklungshilfe oder engagierte Blauhelme. Sie erwartet ein geistig-politisches Konzept für eine bessere Welt – wenn man so will auch einen Maßstab für „gut“ und „böse“ als Angebot für eine den Niveaureisungen der technischen Einheitszivilisation orientierungslos ausgesetzten Welt.

Die Forderung nach Achtung der Menschenrechte stellt eine universalistische Ethik dar und sieht den Menschen nicht nur als Staatsbürger, sondern als Weltbürger. Charles de Montesquieu hat uns bereits im 18. Jahrhundert auf die Notwendigkeit der „einen Welt“ hingewiesen: „Alle besonderen Pflichten (des Bürgers gegenüber dem Staat) stehen zurück, wenn man sie nicht ohne Erfüllung der Pflichten, die man als Mensch hat, erfüllen kann. Darf man an das Wohl des Vaterlandes denken, wenn es um

das Wohl der Menschheit geht? Nein! Die Pflicht, die man als Bürger erfüllt, ist Verbrechen, läßt sie uns die Pflicht vergessen, die man als Mensch hat.“

Damit hat Montesquieu bereits vor 200 Jahren die klarste Absage an die nationalistischen Kräfte formuliert, die – nicht nur in Deutschland – glauben, man könne den Nationalstaat wieder an die erste Stelle setzen. Aktive Menschenrechtspolitik ist das Gegenteil von „Deutschland zuerst“. Es ist die – nicht zuletzt christlichem Denken entspringende Erkenntnis, daß wir gegenüber der ganzen Schöpfung und allen Menschen Verantwortung tragen.

*Die Kunst zu ermutigen
ist eine der Möglichkeiten
aufmerksamer Nächstenliebe.*

Kardinal Suenens

Zu warnen allerdings ist vor einer Überschätzung unserer Kräfte, vor Rigorismus in der Menschenrechtspolitik. Wie jede politische Aufgabe konkurriert sie mit anderen, ebenfalls legitimen Motiven und Zielen. Es gibt Grenzen der Menschenrechtspolitik.

– Menschenrechte eignen sich nicht für Kreuzzüge. Die Werte und Traditionen anderer Kulturkreise sind zu achten. Nicht überall können wir eine perfekte Westminster-Demokratie einfordern. Wir wollen nicht unser westliches Lebenskonzept anderen aufdrängen, sondern unsere Politik auf die **Verhinderung elementarer Menschenrechtsverletzungen** in der Welt konzentrieren. Dabei ist die Charta der Vereinten Nationen die entscheidende Richtschnur. Sie schützt uns vor Selbstgerechtigkeit und moralischem Imperialismus.

– Menschenrechte sind nicht das einzige Ziel unserer Außenpolitik. Es gibt zwingende Notwendigkeiten, die der Entfaltung einer lupenreinen Menschenrechtspolitik entgegenstehen, etwa die Wahrung von Frieden und Stabilität. Als der neugewählte amerikanische Präsident Jimmy Carter im Frühjahr 1977 seine Menschenrechtspolitik in einem offenen Brief an den Bürgerrechtler Sacharow einleitete, mußte er die schmerzliche Erfahrung machen, daß diese Aktion das Klima der gleichzeitig laufenden Abrüstungsverhandlungen vergiftete. Der von der Welt herbeigesehnte SALT II-Vertrag kam im März 1977 noch nicht zustande. Selbst wenn man einräumt, daß zum Scheitern der damaligen Ge-

sprache auch die Substanz der amerikanischen Abrüstungsvorschläge beitrug, so zeigt das Beispiel doch, daß Menschenrechtspolitik in bestimmten Situationen von anderen ebenfalls wichtigen moralischen Zielsetzungen tangiert werden kann.

– Es ist neben der Berücksichtigung ethischer Prinzipien auch legitim, in der Außenpolitik eigene Interessen geltend zu machen, z.B. die Wirtschaftsbeziehungen zu Ländern auszubauen, auch wenn diese keine Demokratien sind. Menschenrechtsaktivisten neigen oft dazu, solche Erwägungen als moralisch minderwertig zu qualifizieren. Nachdem sie einmal mit Werftarbeitern in Mecklenburg-Vorpommern oder Niedersachsen, die um ihre Arbeitsplätze zittern, gesprochen haben, werden sie verstehen, daß die Frage nicht leicht zu beantworten ist, ob man z.B. der Volksrepublik China nicht doch Container-Schiffe liefern soll. In fast allen Fällen zeigt sich allerdings, daß man Außenhandel und Menschenrechtspolitik durchaus gleichzeitig betreiben kann. Wir haben uns schließlich auch offen für sowjetische Dissidenten eingesetzt und dennoch ein Röhrengeschäft in Moskau abgeschlossen. Meistens bietet gerade der Außenhandel einen Hebel für Einflußnahme auf innenpolitische Verhältnisse. Außenhandel von vornherein gegenüber Diktaturen zu verweigern, hieße, den Hebel erst gar nicht anzusetzen.

– Manchmal kann eine öffentliche Anklage wegen Menschenrechtsverletzungen kontraproduktiv wirken. Es gibt Situationen, wo sogenannte **stille Diplomatie**, d.h. das Verhandeln hinter geschlossenen Türen, für die betroffenen Menschen wirkungsvoller sein kann. Wenn im Einzelfall die Chance besteht, einige Gefangene freizubekommen, kann es sinnvoller sein, auf öffentliche Anklagen zeitweise zu verzichten. Mit diesem Argument erklärte Außenminister Kinkel seine Zurückhaltung im Rahmen des China-Besuches im vergangenen Jahr.

– Schließlich muß bei der konkreten Anwendung des Instrumentariums der Menschenrechtspolitik immer wieder die Frage gestellt werden, wem eine bestimmte Maßnahme nutzt bzw. schadet. Ein Beispiel: Ein afrikanischer Staat, der die Opposition brutal unterdrückt, beantragt Gelder zum Bau einer Straße in eine entlegene Region des Landes. Die Straße kann dazu dienen, den Unterdrückungsapparat

der Machthaber auch in die entlegensten Dörfer zu bringen. Aber sie kann auch der armen Bevölkerung in der Gegend die Chance bieten, ihre landwirtschaftlichen Produkte endlich zeitgerecht in die Hauptstadt zu transportieren. Soll nun das Straßenprojekt mit Hinweis auf die Menschenrechtsbilanz der Regierung nicht unterstützt werden? Oder straft man durch eine solche Sanktion nicht die unter der Diktatur ohnehin leidende Bevölkerung doppelt?

Einzelfallprüfung – Konkrete Schritte festlegen

Es ist verständlich, daß Menschenrechtsorganisationen dazu neigen, in jeder Phase eine konsistente und nicht – selektive Menschenrechtspolitik zu fordern. Aber Menschenrechte können nicht die einzige Grundlage der Außenpolitik sein. Immer wieder muß der Einzelfall geprüft werden. Immer wieder müssen wir uns die Frage nach unseren konkreten Einwirkungsmöglichkeiten, nach der taktisch richtigen Vorgehensweise und den konkreten Auswirkungen für die Menschen stellen. Immer wieder müssen wir uns auch fragen, wie wir es schaffen, einen unerträglichen Zustand zu beenden. Gesinnungsethischer Rigorismus ist bei der Abwägung solcher Fragen kein guter Wegweiser.

Diese Einschränkungen dürfen aber auf keinen Fall dazu dienen, Menschenrechtspolitik im Rahmen der Außenpolitik abzuwerten. Solche Versuche gibt es immer wieder, zumal in Zeiten wirtschaftlicher Rezession. Menschenrechtspolitik aber ist kein Luxus für gute Zeiten, sondern der Kern unserer politischen Existenz. Ein freiheitliches Selbstbewußtsein kann nur überleben, wenn es auch die Freiheit der anderen in den Blick nimmt. Menschenrechtspolitik ist ein Garant für Einigkeit nach innen und Stärke nach außen. Unsere in der amerikanischen und französischen Revolution begründete westlich-europäische Kultur bezieht ihre Stärke und Überlebenskraft letztendlich nicht aus der Höhe des Bruttosozialprodukts und der Größe der Waffenarsenale, sondern aus den Ideen von Menschenrecht und Freiheit.

Anm.: Der vorliegende Beitrag von Dr. Friedbert Pflüger, MdB, ist eine überarbeitete Fassung seines Vortrages vor dem Evangelischen Kirchentag im Juni 1993 in München.

Deutschland und Europa

Gerd Langguth

Europapolitik ist in der deutschen Öffentlichkeit seit einiger Zeit zunehmend umstritten: Kritik und Skepsis gegenüber den Zielen der Europäischen Integration wurde seit der Ratifizierungskrise in Dänemark und Frankreich auch in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt artikuliert. Es liegt gleichwohl auf der Hand, daß die in den fünfziger Jahren getroffene Grundentscheidung der deutschen Politik für Europa auch weiterhin gültig ist: Sowohl Deutschland wie seine Nachbarn haben von der Integration in Europa profitiert.



Dr. Gerd Langguth: Die Deutschen müssen lernen, globaler zu denken und zu handeln.

Wichtig ist jedoch, daß Deutschland auch in Zukunft seine **Europafähigkeit** bewahrt. Zum einen ist damit der Grad und die Qualität der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Gemeinschaft gemeint. Deutschland darf bei der Fortentwicklung der Europäischen Union nicht abseits stehen, sondern muß als größter Mitgliedsstaat politische Verantwortung zeigen. Zum anderen muß Deutschland auch auf internationaler Ebene als Partner mit gleichen Rechten und Pflichten agieren und so durch Handlungsfähigkeit seine Europafähigkeit unterstreichen.

Für die aktuelle politische Debatte zu diesen Fragen ist zunächst das **Verhältnis zwischen der europäischen Ebene und dem Nationalstaat** von zentraler Bedeutung. Der demokratisch konstituierte Staat bildet den Rahmen, in dem in verlässlicher Form die Rechte der Bürger garantiert werden können. Nach unserem Verständnis wird die Bundesrepublik Deutschland gemäß Grundgesetz durch bestimmte Grundelemente geprägt: Demokratie, Föderalismus, Rechtsstaats- und Sozial-

staatsprinzip sowie ein marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen. Zusammen sind sie Garant für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Stabilität.

Es wird oft verkannt, daß auch die Europäische Gemeinschaft auf der Grundlage dieser Prinzipien arbeitet. Ebenso ist die nun in Maastricht geschlossene Europäische Union kein Selbstzweck, sie hat auf der Grundlage der genannten Ziele das Wohl des Menschen im Blick. Die Europäische Union soll für ein demokratisches, föderales und bürgernahes Europa stehen. Diese Attribute sind aufeinander bezogen und bezeichnen das jeweils Spezifische der heutigen Gestalt Europas.

Demokratisierung zielt ab auf die Verbesserung der Mitsprache der Bürger sowie den Ausbau und die Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Mehr Demokratie zu realisieren heißt aber auch, daß die EG-Bürger unabhängig von ihrem Herkunftsland dort das politische Leben mitbestimmen dürfen, wo sie für längere Zeit leben und arbeiten. Aus diesen Überlegungen ist die Einführung des kommunalen Wahlrechts für EG-Bürger an ihrem Wohnsitz zu begrüßen.

Föderalismus steht für dezentrale Willensbildung und Entscheidungsfindung und ermöglicht ein hohes Maß an politischer Eigengestaltung und Eigenverantwortung in den Mitgliedstaaten der EG. Nur so kann der bürokratischen Versuchung nach einer Zentralisierung in Europa entgegengetreten werden. Nach innen gerichtet kann der Föderalismus bewährte nationale und regionale Unterschiede und Eigenheiten garantieren, auf europäischer Ebene sichert er Mehrpluralismus und Machtkontrolle. Föderalismus festigt die stabile Balance zwischen der Vielfalt der Mitgliedsstaaten einerseits und den notwendigerweise gebündelten Entscheidungen auf europäischer Ebene andererseits.

Bewahrung nationaler und regionaler Identität

Das Subsidiaritätsprinzip garantiert Bürgernähe und nationale und regionale Vielfalt Europas. Wenn Zentralismus verhindert werden soll, darf nicht auf europäischer Ebene entschieden werden, was sachgerecht bereits auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene geregelt werden kann. Auch das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung auf der Basis eigener Ressourcen und originärer Kompetenzen muß ein tragender Baustein der Europäischen Union werden.



Die Bewahrung nationaler und regionaler Identität gewinnt in einem zusammenwachsenden Europa immer stärker an Gewicht. Die Nationen sind dabei die Bausteine Europas. Die Europäische Union muß die nationale Identität, Kultur und Lebensweise eines jeden Volkes und Landes schützen und fördern. Europa besteht aus einer Vielzahl von Völkern, Staaten und Nationen, die eine zum Teil mehrere Jahrtausende alte Geschichte haben. Europa kann daher nicht in einer Weise konstruiert werden wie die USA unter dem Motto „E pluribus unum (Aus vielen eines)“, vielmehr wird ein vereinigtes Europa nur dann erfolgreich sein können, wenn es in seiner Vielfalt geeint und gemeinsam vorgeht.

Je weiter sich die Europäische Gemeinschaft in den kommenden Jahren dem Ziel einer Europäischen Union nähert, desto direkter werden die Bürgerinnen und Bürger Europas in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld von europäischen Entscheidungen betroffen sein. Die Entscheidungsprozeduren innerhalb der Europäischen Union müssen deshalb durchschaubar und nach-

vollziehbar werden. Auf der Grundlage einer solchen **Transparenz** wird sich auch eine bessere Identifikation mit der europäischen Handlungsebene erreichen lassen. Wenn die Bezugsebenen des politischen Handelns transparent sind, sinken die Möglichkeiten, eine anonyme Bürokratie für Entscheidungen verantwortlich zu machen. Europa muß verständlicher als bisher organisiert werden. Indem deutlich wird, wer an welchen Entscheidungen ein besonderes Interesse hat und wer sie tatsächlich verantwortet, können die Bürger in Wahlen und Abstimmungen auch die Entscheidungsträger politisch zur Rechenschaft ziehen.

Nur ein solches Europa ist für die Bürger Europas akzeptabel, sowohl für die Bürger der heutigen EG der Zwölf, wie auch für diejenigen der Beitrittskandidaten aus den EFTA-Staaten, aber auch für die Menschen in Osteuropa. Ein vereintes Europa kann ohne die Mitgestaltung aller Europäer nicht existieren.

Für die Bundesrepublik Deutschland stellt sich vor diesem Hintergrund die Aufgabe, auch in Zukunft konsequent das Ziel der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Weiterentwicklung zur Europäischen Union zu verfolgen.

Die Europäische Gemeinschaft ist - bei aller Kritik, die zum Teil gerechtfertigt ist - ein erfolgreiches Modell für Integration und Zusammenarbeit, für Friedenserhaltung und Wirtschaftskraft. Deutschland hat eine Mittellage im Herzen Europas. Kein Staat hat in Europa so viele Nachbarn wie Deutschland. Der Vertrag von Maastricht ist ein Kompromiß mit allen Stärken und Schwächen, aber man kann politisch nicht auf Maximallösungen beharren, wenn man nicht Gefahr laufen will zu scheitern und letztlich mit gar nichts darzustehen.

Innerhalb Deutschlands hat die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages im übrigen zu einer **Stärkung des föderalen Gefüges** geführt. Die Länder haben sich durch den neu ins Grundgesetz eingeführten Artikel 23 weitreichende Mitwirkungsrechte an den europapolitischen Entscheidungen der Bundesebene gesichert. Sie haben damit zu einer Stärkung des föderalen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Dies darf aber nicht dazu führen, daß die Flexibilität des Bundes bei europapolitischen Entscheidungen zu sehr eingeschränkt wird. Dem Bürger als dem eigentlichen

Souverän sollte zudem stets transparent sein, welche politische Ebene über welchen politischen Sachverhalt letztlich entscheidet und wer hierfür auch zur Verantwortung gezogen werden kann.

Schon deswegen müssen wir auch über das institutionelle Gefüge der Europäischen Gemeinschaft gründlich nachdenken. Wie soll die Europäische Union künftig organisiert sein? Welche politische Ebene soll über was entscheiden? Wie sollen die europäischen Institutionen im Entscheidungsgefüge zueinander stehen? Wie sollen die europäischen Institutionen selbst organisiert sein? Das EG-System ist selbst für Juristen nicht immer leicht verständlich. Vielleicht könnte eine übersichtliche, knappe - und nota bene auch verständliche - Festschreibung der europäischen Ordnungsprinzipien in einem einzigen Dokument die Identifikation der Bürger mit Europa erheblich verbessern. Die Mitglieder des Institutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments überlegen und arbeiten zur Zeit in dieser Richtung. Dies könnte letztlich zu einer Verfassung für Europa führen.

Grenzen nationaler Handlungsfähigkeit

Bereits heute festgelegt ist für 1996 die Einberufung einer erneuten Regierungskonferenz zur Überprüfung des Vertrages von Maastricht. Spätestens dann wird mit unseren europäischen Freunden der Stand der Integration erneut kritisch unter die Lupe zu nehmen sein.

Nicht nur die Europäische Integration, auch die internationale Ordnung befindet sich in einer Phase der Neugestaltung. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind zwar die Spannungen des Ost-West-Konfliktes weggefallen; zugleich ist seit dem Wegfall der eingespielten bipolaren Mechanismen jedoch das gesamte bisherige Weltgefüge aufgebrochen. Wir leben heute in einer Welt, die immer komplizierter wird, die sich immer stärker vernetzt.

Lösungen für Probleme, welche die Menschheit insgesamt betreffen, können nur noch gemeinsam betrieben werden: Fragen der Kriegsverhütung, der Überbevölkerung der Erde und ihrer Konsequenzen, des Umweltschutzes oder der Gentechnologie - dies alles ist nicht mehr allein nationalstaatlich lösbar. Wie souverän können

heute noch die alten Nationalstaaten sein, wenn es um Fragen der äußeren Sicherheit geht, um Währungsspekulation oder Einwanderung? Welche Macht hat zum Beispiel Deutschland, wenn irgendwo auf dem europäischen Kontinent ein Atomkraftwerk außer Kontrolle gerät oder wenn große Zahlen von Flüchtlingen über die Grenzen strömen?

Diese Fragen verdeutlichen, daß es sich bei der Bewältigung solcher Probleme schon lange nicht mehr um reine Außenpolitik handelt. In wichtigen Entscheidungssituationen ist nicht nur Deutschland an die Grenzen nationaler Handlungsfähigkeit gestoßen. Die anstehenden Probleme können nicht mehr im Alleingang gelöst werden, sondern erfordern die Kraft der europäischen Partner und ihr solidarisches Handeln.

Was bedeutet dies nun für die deutsche Außen- und Europapolitik? Seit der politischen Vollendung der deutschen Einheit haben sich die politischen Hauptlinien nur unwesentlich verändert. Neben der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union ist es unser Ziel

- mitzuhelfen am Aufbau einer dauerhaften freiheitlichen, demokratischen und friedlichen Ordnung in Gesamteuropa sowie
- die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Amerika auszubauen und das Atlantische Bündnis zu stärken.

Deutschland liegt auch nach Vervollendung der Einheit genau an der Nahtstelle Europas: es liegt im Osten des Westens und im Westen des Ostens. Neben der Teilnahme an der Europäischen Integration ist zweite zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik die Unterstützung beim **Aufbau einer dauerhaften freiheitlichen, demokratischen und friedlichen Ordnung für Gesamteuropa.**

Deutschland empfindet schon durch seine geographische Lage die Veränderungen der östlichen Nachbarschaft intensiver als andere, Deutschland wäre auch durch die Folgen eines Scheiterns der Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft unmittelbar betroffen. In Deutschland wird vielleicht schärfer als anderswo gesehen, daß Fragen des ökonomischen Wohlergehens wie auch die Sicherheitsaspekte in einem eindeutigen Zusammenhang stehen. Denn eine Neudefinition von „Sicherheit“ in Europa

heißt heute in erster Linie Stabilität in Osteuropa: Nationale Spannungen, ethnische und soziale Konflikte sowie die drohende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten bergen, wie wir täglich sehen, den Keim für Bürgerkriege.

Aus deutscher Sicht könnte eine eindeutige Integrationsperspektive diesen Staaten ebenso helfen wie damals den Staaten, die durch die Süderweiterung Mitglied der EG wurden. Parallel zu den Europa-Abkommen, die zwischen der EG und Polen, Ungarn, der ehemaligen Tschechoslowakei geschlossen wurden, hat die Bundesregierung deshalb in den bilateralen Vereinbarungen mit diesen Staaten zugesagt, sich für ihre spätere EG-Mitgliedschaft einzusetzen.

Transatlantische Partnerschaft

Das Schicksal aller europäischen Völker ist spätestens seit dem Fall der Mauer unauflöslich miteinander verbunden. Aber eines muß auch deutlich werden: Wir Europäer können die Transformationsprozesse nur bedingt beeinflussen.

Unverändert wichtig sind auch in Zukunft die **Beziehungen zu Amerika**. Westbindung heißt für Deutschland nicht nur „europäische Integration“, sondern auch immer die Einbindung in das Atlantische Bündnis.

Das bisherige Engagement der USA in Europa reduziert sich, und die Europäer stehen vor der Notwendigkeit, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Das soll aber nicht zu einer Abkehr voneinander führen. Vielmehr geht es um eine „Partnerschaft unter Gleichen“. Unsere Freundschaft mit den Vereinigten Staaten muß auch im neuen Europa lebendig bleiben.

Wichtigstes Standbein der transatlantischen Partnerschaft ist die NATO, deren Rolle weit über den bloßen militärischen Sicherheitsaspekt hinausgeht. Wir haben sie immer auch als Wertegemeinschaft verstanden. Mit der schwindenden direkten militärischen Bedrohung entwickelt sich das Bündnis verstärkt hin zu einem zentralen Gremium transatlantischer politischer Konsultationen. Auch hat die NATO den neuen Realitäten in Europa Rechnung getragen. Durch die Schaffung des Nordatlantischen Kooperationsrates (NACC) als gemeinsames Forum der NATO-Mitglieder und der Staaten Osteuropas und der GUS hat die NATO eine Brücke zu den Gegnern von einst geschlagen.

Gerade Deutschland steht für ein atlantisches Europa, das sich seiner historischen Bindungen zu den USA bewußt bleibt. Die vereinbarte Aufstellung von zwei gemischten deutsch-amerikanischen Korps macht deutlich, daß europäische und atlantische Sicherheitspolitik sich nicht auseinanderdividieren lassen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war ein wesentliches Motiv für die europäische Einigung, daß nie wieder Krieg zwischen den europäischen Partner möglich sein sollte. Diese Aufgabe hat die Europäische Gemeinschaft erfolgreich gelöst. Aber wir haben jetzt das erste Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges wieder einen Krieg auf europäischem Boden – wenn auch außerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Dürfen die EG und ihre Mitgliedstaaten zusehen, wie mitten in Europa bestialischer Krieg tobt? Wir können den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte nicht nur den Amerikanern überlassen.

Und wir müssen uns selbstkritisch fragen, ob Deutschland hier den gestellten Anforderungen gerecht wird. Mit großem Unmut nehmen unsere Bündnispartner die innenpolitische Selbstblockade bei der Frage nach einem Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO-Bündnisgrenzen zur Kenntnis. Die Deutschen werden konfrontiert mit Kritik, daß sie sich nur allzu gern auf einen Beobachterstatus in der Weltpolitik zurückziehen würden, sobald es um ein gemeinsames militärisches Vorgehen gegen einen Friedensbrecher geht.

Dabei geht es nicht nur um das Ansehen der Deutschen in der Welt oder um Deutschlands Rolle in der UNO. Es geht gerade und vor allem um die deutsche **Europafähigkeit**. Mit der endgültigen Ablösung des Vier-Mächte-Statuts ist auch ein Stück Mitverantwortung für das, was in Europa geschieht, auf die Deutschen übergegangen.

Die drei genannten Ziele der deutschen Außen- und Europapolitik sind von großer Bedeutung. Darüber hinaus ist die neue außenpolitische Rolle auch nach innen so zu vermitteln, daß Deutschland im Ergebnis nicht weniger handlungsfähig und nicht weniger verantwortlich sein wird als seine Partner bei der europäischen Integration.

Anm.: Dr. Gerd Langguth ist neuer geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er gehörte lange Jahre dem EAK-Bundesvorstand an.

Kirche und Nation

Hartmut Löwe

Auch Themen haben ihre Gezeiten. Wer sich nicht auskennt, reibt sich die Augen. Wo gestern noch Ebbe war, ist heute Flut. Die Landratten freilich nehmen das nicht wahr. Sie sind in dem Irrtum befangen, alles ginge unverändert seinen Gang. Aber es hat sich mehr verändert seit Herbst 1989, als wir alle schon begriffen haben. Heute sind viele noch zu träge, die Veränderungen wahrzunehmen: die intellektuelle Welt ist unbegreiflich schweigsam, die politische Klasse orientiert sich an den eingeübten Verhaltensmustern von gestern, in den Kirchen ist die Witterung für neue Koordinaten auch nicht besonders wach.

Von „Nation“, gar von Volk und Vaterland anders als mit einem kräftigen Anteil von Ironie, zumindest Skepsis, zu reden, das ist noch nicht abgelegt. Es ist auch wahr: Uns werden Wechselbäder zugemutet. vorgestern war Nation, Volk, Vaterland ein abgelebtes, überholtes, obsoletes Thema. Die Kirche hatte gelernt, daß sie in ökumenischer Weite existiert. Credo ecclesiam catholicam: das hatten wir angefangen zu buchstabieren. Ein Greuel waren die Erinnerungen an das nationale Pathos des Protestantismus nach 1815 und besonders nach 1870. Ein später nationalistischer Rausch bekam damals peinlich religiöse Züge, ersetzte einen müde gewordenen Glauben. Diese böse Geschichte sollte ein für alle Mal vorbei sein, überwunden, erledigt.

Es blieben Zweifel. Kann etwas, das einmal geschichtsmächtig war und bei anderen Völkern noch immer das Denken und Fühlen bestimmt, einfach dahinfallen, ohne in etwas anderes überführt – mit Hegel gesprochen: ohne aufgehoben –, also verwandelt bewahrt – zu werden? Stimmt überhaupt der rationale Diskurs über diese Frage? Hat er ideologische Anteile? Spielen Verdrängungen eine Rolle?

Politische Ordnung des Gemeinwesens

Aufmerksamkeit kam auf, als im Herbst 1989 auf den Straßen von Leipzig, Dresden, Magdeburg, Berlin die Menschen riefen: „Wir sind das Volk“. Das war eine Kampfansage gegen alle, die in der Volks-Demokratie – sprachliche Mißgeburten sind ein kräftiger Hinweis, daß auch in der Sache etwas nicht stimmt – die Belange des Volkes zu vertreten vorgaben. Was das Volk in freier Souveränität wollte, das war nicht länger mehr aufgehoben bei der Kaste der seit 40 Jahren Regierenden. Volks-Wille und Herrscher-Wille waren nicht deckungsgleich. Das Volk verlangte in die eigenen Hände

zu nehmen, was ihm genommen worden war: die selbständige Bestimmung über sein Geschick, die politische Ordnung des Gemeinwesens.

Plötzlich, fast über Nacht, keiner weiß zu sagen, wie das eigentlich geschah, hieß der Ruf jedoch anders: „wir sind ein Volk.“ Schwarz-rot-goldene Fahnen tauchten auf. Manche fürchteten nationalistische Umtriebe. Aber insgesamt blieben die Massen erstaunlich besonnen. Nichts da von nationalem Überschwang, nicht einmal am 3. Oktober 1990. Zwar entstand ein Graben zwischen denen, die zuerst den Herrschenden das Recht auf Herrschaft abgesprochen hatten, und den anderen, die jetzt nicht mehr für sich bleiben, sondern über künstliche Grenzen hinweg zusammengehören wollten. Die Meinung der Massen war aber von niemandem manipuliert worden. Nicht weniger ursprünglich wie von niemandem „Wir sind das Volk“ war jetzt das Verlangen, ein Volk zu sein, die unselige Spaltung Deutschlands zu überwinden, eine im Interesse des Friedens vorübergehend notwendig gewesene Folge des Zweiten Weltkrieges zu revidieren.

„Wir sind ein Volk“ aber was für eins? Die Beschwörung eines zwei Teile umfassenden Ganzen ist selber noch keine inhaltliche Antwort. Begriffe wie Volk, Vaterland, Nation waren vierzig Jahre lang einer ständigen Abwertung verfallen. Schließlich galten sie als inhaltsarm, vorgestrig, schuldig am Wahn zweier Weltkriege, nur noch ewig Gestrigen zugänglich. Die Gedanken richteten sich auf Europa, das durchschnittliche Empfinden war geprägt von der Zugehörigkeit zu den westlichen Demokratien.

Im Ausland zwar traf man mit solch einer Gemütslage auf Unverständnis. Dort waren die Gesprächspartner, bewußt und stolz, Franzosen oder Engländer oder Italiener. Man selber erlebte, daß es das allgemein Westliche

nicht gibt, sondern nur jeweils spezifische Prägungen. Und spätestens ein Mahnmal wie Auschwitz erinnerte daran, daß man eine anderen nicht auferlegte Last zu tragen hatte, eben Deutscher war, in diesem Falle also gar nicht selbstbewußt und noch weniger stolz. Einer gemeinsamen negativen Bestimmung konnte sich keiner entziehen.

Kräfte der Nation

So drängt sich der Eindruck auf, der Verzicht im Nachkriegsdeutschland auf den nationalen Gedanken, auf Begriffe wie Volk und Vaterland, sei nicht nur die Abkehr von schändlichen Übersteigerungen gewesen, sondern zugleich ein hilfloser Versuch, sich aus der eigenen Geschichte davonzustellen. Wohl wahr, Nationalbewußtsein ist in der Vergangenheit, solange es das eigene Volk formulierte, fast ausschließlich an positiven Charakteristika orientiert gewesen. Negative Eigenschaften sagten nur andere Nationen der eigenen nach. Hier mag ein Grundirrtum nationaler Selbstvergewisserung liegen: So wenig ich lediglich aus mir selbst weiß, wer ich bin, vielmehr zum Urteil über mich selbst auch das Urteil von anderen brauche, ebenso kennen sich auch Völker besser, wenn sie nicht bloß dem natürlichen Hang zum Selbstruhm nachgeben, sondern auch auf kritische Kennzeichnungen achten, die anderen an ihnen aufgegangen sind. Das auf der Höhe der Zeit heute geforderte Nationalbewußtsein wird seine frühere Naivität hinter sich lassen, Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung miteinander verbinden, den Ambivalenzen von Nationalcharakteren ins Auge sehen müssen. Wir haben es auch in dieser Hinsicht mit einer Nation nach dem Sündenfall zu tun.

Was sich bei uns begibt, ist nicht einzigartig. Es gehört in größere Zusammenhänge. Überall läßt das Ende des real existiert habenden Sozialismus neu und vital nach den Kräften der Nation fragen. Das ist nicht nur im ehemaligen Jugoslawien erschreckend, alles anders als wünschenswert. Die Geschichte jedoch richtet sich nicht nach unseren Wünschen. Geschichtsmächtige Kräfte lassen sich nicht dadurch zähmen, daß man sie negiert.

Ehe einer über die Schatten des polnischen Nationalbewußtseins klagt, soll er einräumen, daß ohne die einzigartige polnische Mischung von Natio-

Welche Themen halten Sie in der Zukunft für sehr wichtig?

Berufsausbildung	72
Altersversorgung	71
Gesundheitsversorgung	69
Persönliche Sicherheit	65
Arbeitslosigkeit	62
Abfallbeseitigung	62
Boden-, Wasserverseuchung	62
Luftverschmutzung	60
Kindererziehung	56
Ausländerfeindlichkeit	54
Asylanten	54
Schule	53
Sucht	52
Eheleben	47
Richtige Ernährung	46
Wohnzufriedenheit	44
Energieprobleme	43
Inflation	39
Verbraucheraufklärung	30
Lärmbelästigung	29
Politik	29
Großstadtprobleme	26
Sparen	25
Richtiges Benehmen	25
Gastarbeiter	23
Urlaub	21
Landesverteidigung	19
Kirche und Glauben	9

Quelle: Emnid-Umfrage
aus: focus

jacke haben die baltischen Völker genutzt. Die Ukraine besteht nicht weniger auf ihrer Eigenart und Selbständigkeit als Armenien. Der Gegensatz zwischen Slowaken und Tschechen offenbart in der Vergangenheit nur mühsam gezügelte Konflikte. Das Vorgehen der Rumänen gegen ihre Ungarn zeigt einen bestürzenden Nationalchauvinismus.

Übersteigerungen des Nationalen wird aber der nicht Herr, der es als geschichtsmächtige Kraft abschaffen möchte. So wenig die westliche Aufklärung den islamischen Fundamentalismus begrenzen kann, so wenig vermag die Idee eines universalen Humanismus nationale Leidenschaften zu begrenzen. Religion wie Nation müssen vielmehr aus ihrem rohen Zustand herausgeführt und von ihren zerstörerischen Potenzen befreit werden. Wer Religion und Nation abschaffen will, bewirkt das Gegenteil...

Auftrag der neu konstituierten deutschen Nation

Nun hilft es wenig, lediglich einen Begriff zu rehabilitieren und seine noch ungenutzten positiven Möglichkeiten freizulegen. Entscheidend ist, was wir in möglichst weitreichender Übereinstimmung quer zu den politischen und weltanschaulichen Lagern inhaltlich in Erinnerung rufen als gemeinsames Erbe und verpflichtenden Auftrag der neu konstituierten deutschen Nation. Vorläufig und versuchsweise formuliere ich dafür zehn Gesichtspunkte:

1. Wir Deutschen sind nicht dazu berufen, für alle anderen als Vorbild und Beispiel eine Sonderrolle zu spielen. Ungläubig schauten in den vergangenen Jahren nicht nur die Polen drein, sie freilich besonders, wenn wir zu verstehen gaben, eine neue Gemeinsamkeit der getrennten Teile Deutschlands hätten wir im Interesse des europäischen Friedens und aus Einsicht in die von uns verursachten Greuel aufgegeben. Das weckte, weil für andere gegen jedes natürliche Empfinden und über alle Vorstellungskraft hinaus, nur Argwohn. Hermann Rudolph hat Recht, wenn er sagt: „Nicht die Wiedervereinigung war die Lebenslüge der Bundesrepublik Deutschland, sondern die Überzeugung von der Gebotenheit eines postnationalen Sonderweges.“ Einzigartig sind wir nicht.

2. Die Geographie bringt es mit sich, daß Deutschland das Land in Europa ist mit den meisten Nachbarn und entsprechend langgestreckten Grenzen. Was die deutsche Nation ausmacht, ist deshalb unablässig unterschiedlichsten Beeinflussungen ausgesetzt. Ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis setzt voraus, fremde Einflüsse produktiv aufzunehmen, sich weder einfach anzupassen noch durch Verweigerung zu reagieren. Die Mittellage prädestiniert dazu, für den Osten der Westen, für den Westen der Osten, für den Norden der Süden und für den Süden der Norden zu sein, ein Umschlagplatz also gegensätzlichster Mentalitäten und Strömungen. Die Mittellage ermöglicht und gebietet eine Mittlerrolle. Die Versuchung, sich anzulehnen nur eine Seite, muß den Argwohn der anderen Nachbarn provozieren. Seit der Vollendung von Deutschlands Einheit ist das Land groß genug, ohne die Sorge leben zu müssen, von einer Seite geschluckt zu werden. In der Mitte müssen Spannungen zum Ausgleich kommen. Das gilt in ökonomischer Hinsicht ebenso wie in kultureller.

3. Deutschland ist die längste Zeit seiner Geschichte kein Zentralstaat gewesen. Sein politisches und kulturelles Leben war auf vielfältige Zentren verteilt. Bis zum Reichsdeputations-Hauptschluß von 1903 zählte das Deutsche Reich 314 reichsständische Territorien und 1475 andere selbständige Obrigkeiten, von denen nach dem Wiener Kongreß 38 übrigblieben; aber auch das waren nicht wenige. Wenn auch das Bewußtsein einer übergreifenden politischen Verantwortung äußerst schwach ausgebildet war, so hat die deutsche Kleinstaaterei doch zu einer bemerkenswerten kulturellen Vielfalt geführt und die kulturelle Freiheit gefördert.

4. Die wechselvolle europäische Geschichte hat zu unterschiedlichen Allianzen geführt. Einmal bevorzugte die deutsche Politik Frankreich, dann suchte sie besondere Verbindungen zu Rußland. Ein Wechsel von Allianzen verwirrt die Partner, Unberechenbarkeit schafft Mißtrauen. Europa wird nur mit sich selber einig, wenn dieses Wechselspiel aufhört. Nur

nalismus und Katholizismus eine Bewegung wie Solidarnosz niemals entstanden, der allgemeine Aufstand gegen sowjetkommunistische Bevormundung nicht möglich gewesen wären. In Polen gewitterte es schon, als in der DDR noch die sozialistische Sonne schien. Das hat wesentlich zu tun mit dem dort und hier unterschiedlich entwickelten Nationalbewußtsein. Im zerfallenen Vielvölkerstaat Jugoslawien kehrt das lange Zeit Verdrängte – die ethnischen Gegensätze – mit elementarer Wucht zurück wie der Ausbruch eines Vulkans. Besonders in der Sowjetunion wird deutlich, wie der von der Partei verordnete Internationalismus eine Ideologie war, die niemals den wirklichen Verhältnissen entsprach. Die erste Gelegenheit zur Lösung aus der unionistischen Zwangs-

ein alte Gegensätze hinter sich lassendes Europa befreit auch die deutsche Nation aus ihrer Unruhe und ihrem gefährlichen Spiel mit wechselnden Bündnissen. Der Ruf nach Neutralität ist der Anfang neuer deutscher Unberechenbarkeit. Deutschland darf keine Sonderwege mehr gehen wollen.

5. Anders als im 19. Jahrhundert, als der deutsche Nationalgedanke sich im Gegenzug zu westlichen Traditionen Frankreichs und Englands entwickelte, gehörte jetzt zu einer neu gewonnenen deutschen Identität die Zugehörigkeit zu den westlichen parlamentarischen Demokratien und die Hochschätzung bürgerlicher Freiheit.

6. Die weiter unerläßliche nationale Ebene wird ihre fortbestehende Bedeutung gleichwohl verändern: sie ist nicht länger der alleinige Sitz souveräner Rechte: teilweise wandern diese auch künftig zu supranationalen Einheiten, denen sich Deutschland aus freier Entscheidung angeschlossen hat, ob (so etwa in der Sicherheitspolitik an UNO und NATO; in der Wirtschaftspolitik jetzt schon und in der Außenpolitik künftig an Europa in Gestalt der EG), teilweise fallen sie zurück an regionale Räume (besonders in der Kulturpolitik).

7. Heute existieren evangelische und katholische Kirche in Deutschland in guter Nachbarschaft, keine in Sorge, von der anderen verdrängt oder geschluckt zu werden. Das war nicht immer so. Der Gegensatz der Konfessionen hat zum Dreißigjährigen Krieg geführt mit riesigen Opfern und ungeheuren Verwüstungen. Ihre unvereinbaren Wahrheitsansprüche sind jedoch nicht durch Mittel der Machtpolitik entscheidbar gewesen. War das Zweite Reich unter Preußens Vorherrschaft protestantisch geprägt mit der fatalen Folge, die katholischen Bürgerinnen und Bürger ins zweite Glied zu setzen, so ist inzwischen jeder Wunsch nach konfessioneller Hegemonie ein Anachronismus. Nicht einmal Papst-Besuche können für lange Zeit überwundene Gefühlslagen aktivieren. Anders als in Spanien oder Polen, Schweden oder Dänemark leben in Deutschland die beiden christli-

chen Konfessionen in einem edlen Wettstreit mit der Nötigung, in Fragen des christlichen und politischen Lebens sich miteinander zu verständigen. Diese wechselseitige Beeinflussung gibt der deutschen katholischen Kirche ihr unverwechselbar eigenes Gesicht im Weltkatholizismus und ist eine ständige Herausforderung für das evangelische Kirchenwesen, die Aufgabe kirchlicher Gestaltung nicht zu vernachlässigen. Unterschiedliche Antworten auf das Staat-Kirche-Verhältnis der deutschen evangelischen und der übrigen evangelischen Minderheitenkirchen in Europa haben hier ihre Wurzeln.

8. Das von Deutschland den Juden bereitete Geschick kann aus unserem Nationalbewußtsein niemals wieder ausgelöscht werden. Hier liegt der kräftigste Widerstand gegen allen leichtfertigen Hurra-Patriotismus. Deshalb ist es uns nicht wie anderen Völkern gestattet, die Politik Israels zu zensieren, oder durch Waffenexporte an arabische Staaten die Bedrohungen Israels zu erhöhen. Kollektive Scham und eine nicht abschüttelbare Haftung für das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte gehören zum deutschen Nationalbewußtsein unverzichtbar hinzu. Ohne sie ist die Rede von Volk, Vaterland und Nation oberflächlich, unehrlich, gefährlich.

9. Die Zahl der Einwohner und die wirtschaftliche Potenz verlangen eine erhöhte Sensibilität zum Abbau weltweiter Ungerechtigkeit und Not. Von der deutschen Nation ist verlangt, auch über die Grenzen Europas hinaus Verantwortung zu übernehmen.

10. Als der deutsche Name mißbraucht wurde, erreichte 1936 als Schmuggelware aus der Schweiz unter dem Pseudonym Detlef Holz eine Folge von Briefen von interessierten Zeitgenossen mit dem an anderen Überlieferungen mahnenden Titel „Deutsche Menschen“. Es ist eine bunte Versammlung, die Walter Benjamin zusammengeführt hat: Georg Christoph Lichtenberg und Heinrich Pestalozzi, Joseph Görres und Wilhelm Grimm, Fürst Metternich und Georg Büchner etc.. Sie alle zeigen, daß mit dem Attribut „deutsch“ an erster Stelle nicht

politische Gegebenheiten bezeichnet und gegen allen ideologischen Mißbrauch vor allem Erinnerungen an Geist und Kultur aufbewahrt sind zur Aneignung und Nachahmung. Die Unterscheidung von Kulturnation und Staatsnation bleibt von Belang auch über die wiedergewonnene staatliche Einheit hinaus. Die Staatsnation ist beschränkter und wird zunehmend Institutionen an größere Einheiten abtreten müssen, die Kulturnation aber will, indem sie ihren Reichtum anderen abgibt, weiter gepflegt werden; je offener sie für alle ist, um so souveräner ist sie. Gegen die auch die Kulturen bedrohende Planierfraße ist mit der Vielfalt nationaler Kulturen auch die deutsche zu stärken und zu stützen.

Ökumene – Vorrang vor der Nation?

Ich schließe mit einer Frage. Im Glaubensbekenntnis sprechen wir: *credo... catholicam ecclesiam*, ich glaube die ... katholische Kirche. Um nicht Mißverständnisse zu wecken, haben wir Evangelische den Text zwar geändert: ich glaube die ... christliche Kirche. Gemeint aber ist, beide Male, daß Christsein in einer Kirche gelebt wird, die sich nicht auf Provinzen, Regionen und Nationen beschränkt, sondern universal ist, katholisch, ökumenisch. Widerstreitet die christliche Katholizität nicht jeder politischen Nationalität? Hat nicht die Ökumene Vorrang vor der Nation?

In der Tat sind da Konflikte möglich. Nationalkirchen stehen immer in der Gefahr, sich mit vorübergehenden politischen Konstellationen so sehr zu arrangieren, daß mit der weltweiten christlichen Bruderschaft auch die notwendige kritische Verantwortung gegenüber den momentan Regierenden verlorengeht. Die letzten Jahrzehnte haben die orthodoxe und protestantische Christenheit in eine harte Schule genommen. Die Lehre heißt: Die römisch-katholischen Kirchen sind, aufs Ganze gesehen, in Ost-Europa unabhängiger gewesen, ihr Zentrum außerhalb ihrer selbst – Rom – hat Freiheit verbürgt, Luft zum Atem gegeben, vor schlechter Anpassung bewahrt.

Die Nation ist kein letzter und höchster Wert. Aber so sehr wir die Familie brauchen und nicht im grenzenlos Allgemeinen heranwachsen können, so sehr brauchen wir vor aller Ökumene und mit ihr zusammen die Erfahrung einer überschaubaren und begrenzten christlichen Welt. Unsere Verantwortung muß begrenzt sein, sonst erschöpft sie sich in Appellen an andere. Es gibt heute eine gefährliche Neigung, ins weltweite Allgemeine vor den näheren Aufgaben davonzulaufen. Der Glaube weist uns jedoch ans Überschaubare, Begrenzte, vor den Füßen Liegende.

Die Schwierigkeiten, die wir Deutsche haben mit dem Ausgleich zwischen Ost und West; die Mühsal, einen Solidarpakt, der den Namen verdient, abzuschließen; Demütigungen auf der einen und Hochmut auf der anderen Seite – sie sind neben dem üblichen Egoismus die Folge eines fehlenden Gemeinsinns, die Quittung einer undeutlich gewordenen selbstverständlichen nationalen Zugehörigkeit. Robert Leicht, vor Jahren noch ein erbitterter Kritiker jeder Wiederkehr des nationalen Gedankens, verlangt inzwischen mehr Gemeinsinn und meint, daß wir ohne ein Ja zu wechselseitiger Zusammengehörigkeit unserer Probleme nicht Herr werden. Die universale Kirche ist das neue Volk Gottes aus vielen Völkern. Das neue Volk Gottes wird aber nicht gebildet aus Menschen ohne Wurzeln. Der Glaube relativiert die Nation: ihr gebührt keine höchste Verehrung. Der Glaube empfiehlt aber Volk und Nation wie Familie und Beruf christlicher Aufmerksamkeit: als Ort konkreter Verantwortung, als ein Vorletztes, das um des Letzten Willen nicht übersprungen werden darf. So sind beides, die religiöse Verklärung der Nation wie die Verachtung der Nation, glaubenslose Haltungen. Der Glaube beläßt der Nation ihr Recht. Aber er betet Gott an.

Den Dialog mit allen führen Kirche im veränderten Deutschland

Werner Hofmann

Zeugnis und Dialog sind zwei Schlüsselbegriffe des Denkens und Redens der Christen in der Gegenwart. Auf den ersten Blick scheinen die Begriffe sich auszuschließen. Derjenige, der ein Zeugnis gibt, bekennt sich zu dem, was er gesehen und gehört hat. Wer sich auf einen Dialog einläßt, läßt das Ergebnis des Dialogs offen. Seine Position ist noch unbestimmt. Ein Ergebnis wird erhofft, aber nicht bezeugt. So werden auch in der kirchlichen Landschaft von heute Zeugnis und Dialog von unterschiedlich geprägten Gruppen in Beschlag genommen.

Zeitgerichtet und verbindlich

In Wirklichkeit gehören Zeugnis und Dialog zusammen. Zeugnis ohne Dialog ist Monolog, oft sogar Selbstgespräch, das keine Zuhörer braucht. Zeugnis ohne Dialog verhindert Kommunikation und Begegnung. Aber auch der Dialog hat ohne Zeugnis keine Zukunft. Der Dialog birgt in sich die Gefahr, Selbstzweck zu sein. Der Dialog braucht kein Ergebnis. Nur wenn der Dialog zielgerichtet ist und zu einem verbindlichen Ergebnis, das bezeugt werden kann, führt, kann der Dialog befriedigen.

Das gilt für den Dialog in der Familie, wo nach allen Gesprächen das Zeugnis stehen muß, daß man zusammengehört und die nächste Wegstrecke wieder zusammen gehen wird.

Das gilt für den Dialog in der Politik, wo nach langem Dialog und Streit zwischen verschiedenen Kräften und Mächten das Ergebnis notifiziert werden muß, damit der Frieden als gemeinsame Aufgabe bezeugt werden kann, als Friede in der Stadt, im Land oder zwischen den Völkern. Und das gilt auch für die Kirche. Das rechte Verhältnis von Zeugnis und Dialog benötigen wir auch bei der Lösung aller Probleme, die sich aus dem Miteinander der evangelischen Kirchen im wiedervereinigten Deutschland ergeben.

Zwar war der Dialog zwischen den westlichen und östlichen evangelischen Kirchen nie ernsthaft gestört. Wir sind uns oft und intensiv begegnet. Doch die Welt, in die hinein wir Zeugnis zu geben hatten, war unterschiedlich. Wer heute die Frage stellt, ob die östlichen Gliedkirchen das Zeugnis immer in rechter Weise gegeben haben, übersieht unter welchen Pressionen die Kirchen dort standen.

Hier ist nicht der Ort, dies im einzelnen darzulegen. Aber es darf doch daran erinnert werden, daß der Staat und die staatstragende Partei alles getan haben, um Kontakte der Kirche mit der Jugend zu verhindern oder jedenfalls aufs äußerste zu erschweren. Die Kirche hatte in einer Umgebung, die mit ihrem baldigen Ableben rechnete, zu bezeugen, daß dem Herrn der Kirche die Zukunft gehört. Die Kirche hat dieses Zeugnis auf weiten Strecken ihres Weges abgegeben.

Rechten Maßstab finden

In der Rückschau wird dieses Zeugnis heute teilweise verdunkelt durch die Verbindungen kirchlicher Amtsträger zur Staatssicherheit. Es muß aber festgehalten werden, daß der Umfang dieser Verbindungen in den Medien gewaltig übertrieben wurde. Wenn tatsächlich von den über 1000 Pfarrern der sächsischen lutherischen Landeskirche 16 als stasi-belastet gelten, wie kürzlich bekannt wurde, kann nicht davon geredet werden, daß die Kirche in der Hand des Staates oder der Staatssicherheit war.

Es kann nicht übersehen werden, daß die kirchenleitenden Organe immer intakt waren. Der Beitrag, den die Kirchen zur Vereinigung geleistet haben, wurde kurz danach wahrscheinlich zu hoch bewertet, wird aber heute auch in den Medien fast unterschlagen.

Die Stasi-Diskussion in der Kirche hat für nicht wenige die Kirche unglaubwürdig gemacht. Es war sicher notwendig, daß die Kirche sich der Vergangenheit gestellt hat, aber häufig hat Mielke den Kampf gegen die Kirche nachträglich gewonnen. Es muß nun versucht werden, wieder den rechten Maßstab zu finden und den Beitrag der Kirche zur Herstellung der Einheit zu würdigen, ohne ihn triumphalistisch herauszustellen.

Anm.: Prälat Dr. Hartmut Löwe ist der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am Sitz der Bundesrepublik Deutschland.

Viel belastender ist aber etwas anderes. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Kirchen in der damaligen DDR einen Mitgliederbestand wie im Westen. Das heißt, daß etwa 90 Prozent der Bevölkerung der evangelischen beziehungsweise katholischen Kirche angehörten.

Die über vier Jahrzehnte, die seitdem vergangen sind, haben dazu geführt, daß heute nur noch ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung einer christlichen Konfession angehören. Viele Kirchenaustritte sind auf Druck des Staates oder der Partei erfolgt. Dieser Druck ist weggefallen. Aber gleichzeitig hat man sich daran gewöhnt, ohne Kirche zu leben. Die Zahl der wieder in die Kirche Eintretenden ist gering.

Das unterscheidet die Entwicklung von der Zeit nach dem nationalsozialistischen Regime, als nach 1945 eine große Welle der Rückkehrer in die Kirche die nach 1933 erfolgten Austritte egalisierte.

Heute stehen die östlichen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland vor der gewaltigen Herausforderung, Zeugnis und Dialog in ihrer sehr säkular gewordenen Welt wahrnehmen zu müssen.

Es ist notwendig, den Dialog mit allen aufzunehmen, die vom christlichen Glauben im allgemeinen und von christlicher Kirche im besonderen nichts wissen und nichts halten. Hier ist ein offener Dialog notwendig, der alle Bedenken und Einwände aufnehmen kann, die in großer Zahl vorhanden sind. Notwendig ist aber auch das Zeugnis, das den Dialog durchdringen muß.

Chance Religionsunterricht

Am deutlichsten wird dies beim Religionsunterricht. Der Religionsunterricht in Schulen, in denen nur eine kleine Minderheit der Schüler einer christlichen Konfession angehört, ist eine ganz neue Erfahrung. Nicht wenige Schüler sind bereit, am Religionsunterricht teilzunehmen, obwohl sie konfessionslos sind. Dies führt zu merkwürdigen Situationen. Es gibt Schulen, in denen nur 5 bis 10 Prozent der Schüler und Schülerinnen einer Konfession angehören, aber 30 Prozent und mehr den Religionsunterricht besuchen. Ein herkömmlicher Religionsunterricht ist hier nicht möglich. In ganz elementarer Weise muß hier der Religionsunterricht versuchen,

Glaubens- und Lebensfragen zu vermitteln.

Hier hat der Dialog eine große Chance. Dahinter muß allerdings das Zeugnis des Lehrers stehen, dem man abspüren muß, daß er das, was er lehrt, auch glaubt und lebt. Wo dies geschieht, werden positive, ja oft beglückende Erfahrungen gesammelt. Wenn die Kirche hier nicht bereit ist, die Chancen des Religionsunterrichtes wahrzunehmen, muß sich fragen lassen, ob sie nicht unwiederbringlich versäumt, das ihr aufgetragene Zeugnis zu geben.

*„Ich bejahe Versöhnung,
aber Versöhnung
braucht Zeit zum Wachsen.“*

*Der Bundestagsbeauftragte für die
Stasi-Akten, Joachim Gauck*

Ähnliches gilt übrigens auch für die **Militärseelsorge**. Auch die Militärseelsorge ist ein Ort des Dialogs mit jungen Männern, darunter vielen, die nie in ihrem Leben etwas von der christlichen Botschaft gehört haben. Es wäre unverantwortlich, die Möglichkeit dieses Dialogs mit der Begründung abzulehnen, man wolle mit dem Staat im allgemeinen und mit der Bundeswehr im besonderen nichts zu tun haben.

Wer die grundsätzliche Aufgabe, Seelsorge bei den Soldaten bejaht, kann sich nur wundern, welche Argumente in der Diskussion über die Militärseelsorge eine Rolle spielen. Es wird in Frage gestellt, ob ein Militärpfarrer Beamter auf Zeit sein kann oder besser in Form eines Abstellungsvertrages Dienst leisten sollte. Entscheidend ist aber doch die Frage, ob der Pfarrer seine Verkündigung frei und ungehindert wahrnehmen kann, und dies ist vertraglich einwandfrei gewährleistet. Die Beispiele Religionsunterricht und Militärseelsorge zeigen die Schwierigkeiten, die entstehen, wenn die bestehenden Strukturen der westlichen Gliedkirchen nun im Osten Anwendung finden müssen, obwohl dort die kirchliche Situation völlig anders ist. Wir können aber nicht davon absehen, daß die Landeskirchen in **einem** Land, also in der Bundesrepublik, leben und arbeiten.

Zeugnis und Dialog können in den östlichen Gliedkirchen allerdings nicht nur in der überlieferten Weise kirchlichen Handelns geschehen.

Es gibt genug Modelle einer missionarisch-diakonisch-seelsorgerischen Kirche. Diese Modelle müssen aber tagtäglich durchbuchstabiert und umgesetzt werden. Dabei darf nicht der innerkirchliche Streit um den Weg Kräfte verzehren und Glaubwürdigkeit beeinträchtigen.

Zeugnis und Dialog enden nicht an den Kirchenmauern. Das Christentum hat die Menschen immer beauftragt mit der Verantwortung für die Gesellschaft, ja für die ganze Welt. Braucht der Staat, braucht die Gesellschaft das Zeugnis der Kirche? Will der Staat, will die Gesellschaft den Dialog mit der Kirche führen?

Erosion und Lähmung

Es gibt gute Gründe dies zu bejahen. Es hat zu allen Zeiten Anfragen an den Staat gegeben. In der Gegenwart jedoch zeigen sich Krisensymptome besonders deutlich. Wir beobachten eine fortschreitende Erosion des Staates, eine Lähmung des demokratischen Systems bis hin zur teilweisen Unregierbarkeit, und einen Glaubwürdigkeitsverlust von Politikern. Die Demoskopie übernimmt unzulässigerweise die Rolle der Politik. In der Gesellschaft werden bestehende Werte und Normen aufgegeben mit der Folge, daß jeder einzelne sich individuell seine eigenen Normvorstellungen schafft, bewußt oder unbewußt. Gerade auch die in den letzten Jahren erschienenen Studien über Jugend und Religion berichten von einem radikalen Wandel des Sinnhorizonts weg von Werten wie Pflichterfüllung und Zuwendung zum Nächsten und hin zu falsch verstandener Selbstverwirklichung und persönlichem Wohlbefinden.

In dieser Situation hat die Kirche ihr Zeugnis einzubringen und den Dialog mit Staat und Gesellschaft zu führen. Es geht um die entscheidende Frage, wovon die Gesellschaft am Beginn des nächsten Jahrtausends geistig leben wird. Weder die Ankurbelung der Wirtschaft noch die Herrschaft der Technokraten oder gar der Bürokraten kann den notwendigen geistigen Dialog ersetzen. Nicht nur die Kirche, auch der Staat und die Gesellschaft benötigen ständig Reformen. Nötig sind Reformen, in denen die Werte des Christentums wieder zur Geltung kommen. **Werte können jedoch nicht übergestülpt werden, sondern müssen im Dialog begriffen und angenommen werden.**

Die Kirche muß den Dialog mit allen führen, die einen Rest von Humanität bewahrt haben. Vielleicht haben wir uns in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu sehr den Randsiedlern der Gesellschaft zugewandt. Das war sicher gut und nötig.

Nötig ist aber auch der Dialog mit den Eliten in der Gesellschaft, nicht zuletzt mit den Vertretern der politischen Klasse. Wenn Politik als Beruf eine gewisse Nähe zu dem, was man Berufung nennt, noch nicht verloren hat, braucht sie die Fundamentierung in Grundwerten.

*„Politiker wie Kirchenleute
sind dem
Gemeinwohl verpflichtet.“*

Sie können sich auch nicht ihrer Funktion als Vorbilder entziehen. Deshalb dürfen an ihre Lebensführung und an ihre Finanzgeschäfte Fragen gestellt werden.

Darum kann uns auch die in der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat laufende Diskussion über die Präambel des Grundgesetzes nicht gleichgültig sein. Wer die Aussage im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und dem Menschen in der Präambel streichen will, entfernt sich von der Vorstellung, daß hinter den Grundnormen des Grundgesetzes metajuristische Überzeugungen aufleuchten, die für unsere Gesellschaft bestimmend geworden sind.

Keine Bevormundung

Zu Recht haben in der Diskussion der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Joachim Vogel ebenso wie der Präsident unserer Landessynode, Dieter Haack, dargelegt, daß vor dem Hintergrund der Herrschaft der Nationalsozialisten mit dem Bezug auf Gott daran erinnert wird, daß der Mensch nicht allmächtig und letzte Instanz sei.

In der öffentlichen Diskussion, aber auch in einem Auftrag an die Verfassungskommission wurde geltend gemacht, daß die Beziehung zwischen Staat und Kirche grundlegend geändert werden müßte. Der Anteil der Konfessionslosen in der Bevölkerung sei so stark angestiegen, daß jedes Privileg für die Kirchen entfallen müsse. So sei Artikel 7, der den Religionsunterricht gewährleistet, zu streichen, ebenso die Regelungen über Kir-

chensteuern und Staatsleistungen. Die Kirchen seien auf den Status von Vereinen des bürgerlichen Rechts zu reduzieren.

In der Logik dieser Vorschläge liegt die Beseitigung der theologischen Fakultäten und der kirchlichen Feiertage, aber auch des Vorrangprinzips im Sozialstaat, der den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden den Betrieb vieler sozialer Einrichtungen mit Hilfe der öffentlichen Hand ermöglicht.

Wenn diese Vorstellungen zum Zuge kämen, würde mit einem Federstrich ein Verhältnis zwischen Staat und Kirche zerstört werden, das nach dem Ersten Weltkrieg in der Weimarer Verfassung geregelt wurde und das sich jahrzehntelang vorzüglich bewährt hat. Das geltende Staat-Kirche-Verhältnis beläßt dem Staat wie den Kirchen alle Freiheiten. Keine Seite wird bevormundet. Die Kirche mischt sich nicht in die Tagespolitik ein.

Spende statt Steuer?

Die **Kirchensteuer** gibt den Kirchen die Möglichkeit ihrer Finanzierung mit minimalem Verwaltungsaufwand, damit sie die vielfältigen und umfassenden Aufgaben wahrnehmen können, die weit über einen eng begrenzten Verkündigungsauftrag hinausgehen.

Die immer wieder von einzelnen Politikern geäußerte Vorstellung, mit der Kirchensteuer werde vor allem der bürokratische Apparat der Kirche unterhalten, ist falsch. Richtig ist, daß der Personalaufwand der Kirche für Pfarrer und Diakone, Kirchenmusiker und Gemeindeglieder, Jugendleiter und Erzieherinnen hoch ist. Richtig ist auch, daß die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen angemessen bezahlt werden.

Die Vorstellung, der Personalaufwand und der Aufwand für viele kirchliche Einrichtungen und für die zahlreichen bedeutenden Bauwerke könnten auf dem Weg von Spenden finanziert werden, ist schlicht unrealistisch und naiv.

Wir sind auch in Zukunft bereit, mit Hilfe der Kirchensteuer einen wichtigen Beitrag zur Lösung sozialer Probleme zu leisten. Dies gilt auch für das kirchliche Engagement für Kindergärten. Wir bezahlen zur Zeit für jedes Kind, das einen evangelischen Kindergarten besucht, im Schnitt einen Beitrag in Höhe des staatlichen Kindergeldes. Auf die Dauer ist das Engagement in diesem Bereich nur durchzuhalten,

wenn zwischen Staat, Kommunen, Eltern und Kirche die Lasten angemessen verteilt werden.

Europäischer Christenrat

Nur wer eine Kirche ohne Einfluß und mit wenigen und schlecht bezahlten Mitarbeitern wünscht, kann den Weg der Zerstörung des gegenwärtigen Staat-Kirche-Verhältnisses wollen. Die Vorstellung, auf diesem Weg eine reine, wahrhaft christliche Minderheitenkirche bilden zu können, führt ins Abseits und ist auch theologisch unausgegoren.

Zeugnis und Dialog in der säkularen Welt sind keine konfessionspolitische Domäne, sondern Aufgabe der gesamten Christenheit. Darum ist gerade in den hier anstehenden Fragen die Zusammenarbeit mit den anderen christlichen Kirchen, vor allem mit der römisch-katholischen Kirche, wichtig; dies auch deshalb, weil wir uns zunehmend auf der europäischen Ebene bewegen. Noch wissen wir nicht, wie sich das europäische Zeitalter auf die Zukunft der Kirchen auswirkt. Sicher ist, daß eine europäische Wirtschafts- und Währungseinheit nicht automatisch eine europäische Kircheneinheit mit sich bringen wird.

*„Sicher ist aber auch,
daß die Kirchen in Europa
näher zusammenrücken müssen.“*

Um hier einige Schritte voranzukommen, scheint mir die Einrichtung eines ständigen europäischen Christenrates nötig zu sein. Dieser Christenrat müßte aus wichtigen Repräsentanten aller maßgebenden christlichen Konfessionen bestehen. Er hätte die Aufgabe, auf europäischer Ebene den Dialog zu führen und das Zeugnis der europäischen Christenheit in die säkulare Umwelt hinein zu sprechen.

Wenn schon der ökumenische Dialog in Lehrfragen kaum vorankommt, könnte doch ein ökumenisches Zeugnis in Lebensfragen und Überlebensfragen die Christen in Europa zu einem neuen Aufbruch bringen.

Anm.: Dr. Werner Hofmann ist Leiter des Landeskirchenamtes München und Mitglied des Rates der EKD.

Diesen Artikel haben wir mit freundlicher Genehmigung der Redaktion den Nachrichten der Evangelischen Lutherischen Kirche in Bayern übernommen.

Kurz notiert

Landesregierung intensiviert die Beobachtung von Jugendsekten und Psychogruppen

Stuttgart. „Die Landesregierung hat die Aufgaben im Bereich der Beobachtung sogenannter Jugendsekten und Psychogruppen neu strukturiert. Die bisher im Kultusministerium eingerichtete zentrale Stelle zur Beobachtung von Jugendsekten wird durch eine „interministerielle Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Jugendsekten und Psychogruppen“ ersetzt. Die Geschäftsführung und den Vorsitz dieser Arbeitsgruppe übernimmt das Kultusministerium und betraut mit dieser Aufgabe **Hans-Werner Carlhoff**, den bisherigen Geschäftsführer der

Landesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg.“ Ein Schwerpunkt der Beobachtung, so die Kultusministerin Dr. **Marianne Schultz-Hector**, sei auch künftig das überaus fragwürdige Wirken der Scientologen.

Einsatz für den Tierschutz Interview mit Bundesminister Jochen Borchert

Frage: Sie haben kürzlich mit Ihren beiden Kollegen Seehofer und Krüger darauf hingewiesen, daß ein gewisses Maß an Tierversuchen unumgänglich ist für die Forschung. Nun gibt es die Anregung, Tierschutzbeauftragte zu berufen. Wäre dies eine Hilfe?

Borchert: Ich glaube nicht, daß dies eine Verbesserung be-

wirken würde. Das Landwirtschaftsministerium als federführendes Ressort sowie die Ressorts für Forschung und für Gesundheit erörtern ständig mit den Tierschutzorganisationen Wege, wie sich die Zahl der Tierversuche weiter reduzieren läßt, wie die Anforderungen an Tierversuche zu gestalten sind, damit einerseits die Zahl der Versuche reduziert wird, andererseits auch die Antragsverfahren für notwendige Tierversuche noch praktikabel bleiben. Nach meinem Eindruck nehmen die Tierschutzverbände diese Aufgabe sehr engagiert wahr, ein Tierschutzbeauftragter könnte dies kaum besser tun. Wenn es Beschwerden von Tierschutzverbänden gibt, sind wir ständig bereit, dann auch sofort darüber zu sprechen.

Frage: Könnte Ihr Einsatz für den Tierschutz erleichtert werden, wenn es im Grundgesetz eine Bestimmung zum Schutz der Schöpfung oder des Tieres als Mitgeschöpf gibt?

Borchert: Nein. Mein Bestreben ist es, immer das umzusetzen, was überhaupt machbar ist. Daß manchmal in der Beurteilung Unterschiede auftreten zwischen den Forderungen der Verbände und dem, was wir hier für möglich halten, dies würde sich auch durch eine Ergänzung des Grundgesetzes nicht ändern. Im Einzelfall muß diskutiert werden: sind bestimmte Versuche notwendig, sind sie im Interesse der Entwicklung von Medikamenten, gibt es andere Verfahren? Wenn nicht, wie können solche Versuche aussehen, und wie können Genehmigungsverfahren in einem vernünftigen Zeitrahmen abgewickelt werden? Nach dem jüngsten Aids-Kongreß bin ich überzeugt, daß wir bei der Entwicklung von Therapie gegen diese Krankheit nicht ohne Tierversuche auskommen.

(aus: epd)

Büchermarkt

Heiner Barz: Postsozialistische Religion – am Beispiel der jungen Generation in den Neuen Bundesländern, 222 Seiten, Band 3, ISBN 3-8100-0995-4, Leske Verlag und Budrich GmbH, Leverkusen 1993

In diesem Band werden die „undlegenden Orientierungen bzw. Orientierungsversuche der „Wende-Jugend“ im Hinblick auf Lebenssinn, Glücksansprüche, Religion, Kirche und Okkultismus untersucht. Dabei liegen Befunde aus einer aktuellen qualitativen Erhebung zugrunde, die auch religionsanaloge Erlebnisweisen, Symbole und Rituale – etwa Schulfeste, Jugendweihe – einbezieht. Die Übereinstimmungen mit der Jugend West – z.B. Familienorientierung, Distanz zum Christentum, Unkenntnis der New Age-Szene – werden dabei ebenso herausgearbeitet wie tiefgreifende Differenzen: Die statische DDR-Gesellschaft konservierte Familienideale, Erziehungsstile und Umgangsformen, die im Westen spätestens '68 aufgebrochen waren. Gerade auch die ganz andere Rolle von Religion und Kirche im realen Sozialismus, das konsequent atheistisch

geprägte Bildungswesen, die erfolgreiche Verdrängung der Konfirmation durch die Jugendweihe brachten ganz andere Haltungen und Einstellungen hervor. Wie schwierig diese allerdings heute abschätzbar sind, zeigt sich nirgends so deutlich wie an den völlig realitätsfernen Spekulationen über die Anfälligkeit der Ost-Jugend für pseudoreligiöse Importe wie Jugendsekten und Okkultismus.

Richard Schröder: Deutschland schwierig Vaterland. Für eine neue politische Kultur, Herder Verlag, Freiburg, Basel, Wien 1993

Richard Schröder hat das Buch geschrieben, das hautnah und präzise klarmacht, daß es weitergehen muß in Deutschland. Siegesdünkel oder Wehleidigkeit können keine Antworten sein auf die schwierigen Fragen, die geklärt werden müssen: Es geht um Probleme, die nur zu verstehen sind, wenn man ihre Hintergründe kennt. Schröder zeigt deutlich, wo das Fehldenken des Sozialismus Verhaltensweisen und Denkmuster geprägt hat. Und er zeigt auch, wo westliche Instinktilosigkeit und „Machertum“ den Prozeß eines

friedlichen Zusammenwachsens gefährden. Sein Plädoyer: Wir brauchen eine politische Kultur, in der nicht Raffen und Machen die Szene bestimmen, sondern solidarisches Miteinander. Nicht nur Umdenken ist angesagt, sondern auch ein anderes Handeln. Ein Buch für alle, denen diese Fragen auf den Nägeln brennen.

Heike Schmoll, Wolfgang Stock und Helmut Müller-Enbergs: Das Fanal: Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz und die Evangelische Kirche. Ullstein Verlag, Frankfurt/M./Berlin 1993

Die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz 1976 in Zeitz war ein flammender Protest gegen die Diskriminierung und Verfolgung junger Christen in der DDR. Die umstrittene Tat war zugleich auch eine Anklage gegen die Kirche im Sozialismus, die die Gläubigen und die Pfarrer in der Konfrontation mit der SED-Diktatur zu oft alleine ließ. Auf der Grundlage bislang völlig unbekannter Akten zeigen die Autoren erstmals, wie SED und STASI die systematische Vertuschung dieses Fanals generalstabsmäßig in Szene setzten – und zwar nicht nur in der DDR, sondern auch in Westdeutschland.

Jens Hacker: Deutsche Irrtümer. Schönfärber der SED-Diktatur im Westen. Verlag Ullstein, Berlin, Frankfurt 1992

Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß nach Erreichen der politischen Wiedervereinigung die geistige Einheit nur dann verwirklicht werden kann, wenn wir in Ost und West gemeinsam Klarheit über die Vergangenheit gewinnen. Man muß feststellen, daß für viele Menschen im Westen diese Aufgabe offenbar schwerer zu bewältigen ist als für die Bürgerinnen und Bürger der neuen Länder. Denn während diese vor der Frage stehen, warum es neben tapferem Widerstand gegen die Diktatur auch viel Anpassung und Versagen gegeben hat, haben wir im Westen zu fragen, warum es vom Boden der Freiheit aus so viel Verharmlosung der Unfreiheit, so viel Entschuldigung der Unterdrücker gegeben hat. Wer unter bedrohlichem Druck sich zu arrangieren versuchte, kann eher auf Verständnis rechnen als derjenige, der ohne Not als Stütze des SED-Regimes wirkte.

Es ist das Verdienst von Jens Hacker, in einem materialreichen Band all jenen Trends nachgegangen zu sein, die in Politik und Wissenschaft, in den Kirchen und in den Medien zunehmend auf eine Anerkennung

der Teilung und auf eine Stabilisierung des kommunistischen Systems hinwirkten. Jens Hacker scheut sich nicht, viele Namen zu nennen, und er belegt seine Zuordnung zu besagten Trends mit zahlreichen Zitaten. Dabei vermeidet er durchaus pauschale Urteile und weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen dem Versuch des Politikers, einen modus vivendi auch durch Verhandlungen mit Ostberlin herzustellen und dabei die deutsche Frage offenzuhalten, und der Forderung des Politologen etwa, die Teilung zu akzeptieren und die angeblich positiven Entwicklungen in der damaligen DDR zu sehen. Jede weitere Aufarbeitung der westdeutschen Vergangenheit wird von Hackers Buch ausgehen müssen.

Aber der Wert dieser Arbeit zeigt sich nicht zuletzt darin, daß sie sofort weitere Fragen weckt; einige seien hier angedeutet.

Müßte man nicht der Frage nachgehen, wie sich die Meinungsführerschaft der von Hacker zitierten Schönfärber nun im politischen Alltag auf der „unteren Ebene“ auswirkte? Wie war einem Bürger zumute, der – wie es dem Rezensenten ergangen ist – sich als kalter Krieger diffamiert sah, weil er auf den Schießbefehl des SED-Regimes hingewiesen hatte? Und was bedeutet es, daß trotz dieses Meinungsdruckes sich am 17. Juni jeden Jahres viele Hundert trafen, um öffentlich für die Überwindung der Teilung zu demonstrieren?

Aber noch wichtiger: wo liegen die geistesgeschichtlichen Wurzeln dieser merkwürdigen „Schönfärberei“ des Gewaltregimes durch Teile der westdeutschen Intelligenz? Warum bestand nach dem Urteil Sontheimers eine vage Sympathie für alles Sozialistische, die ganze Gruppen westdeutscher Intellektueller offenbar blind machte für die Tyrannei der SED-Machthaber?

Schließlich, und darauf soll in einer Besprechung der Arbeit Hackers in der Evangelischen Verantwortung kurz eingegangen werden: so interessant die vom Hacker zitierten Äußerungen wichtiger Persönlichkeiten aus dem Bereich der EKD sind, wichtiger ist die Frage, warum in der EKD starke Kräfte mit zunehmender Bedeutung auf ein

endgültiges Hinnehmen der deutschen Teilung hinwirkten. Denn es waren ja auch theologische Argumente, die zur Akzeptanz der deutschen Teilung als dem Gericht Gottes über unser Volk führten und die der Bedeutung der Nation jedes Gewicht absprachen. Es war ja nicht nur die notwendige Rücksichtnahme auf die Gefährdung der Menschen in der damaligen DDR, die vielfach zu einem mindestens distanzierten Verhältnis zur Bundesrepublik und ihrer Regierung in Bonn, besonders wenn sie von den Unionsparteien getragen wurde, führte.

Das alles gilt es aufzuarbeiten. Hackers Buch bietet für diese Arbeit eine wichtige Grundlage; seine Lektüre kann nur dringend empfohlen werden!

Albrecht Martin

★ ★ ★



Ulrike Stute: **Auf weiten Flügeln zum Licht – Gedichte einer Glaubensfindung.** One Way Verlag, Wuppertal 1993:

Stein für Stein

wie schwer
eine Mauer abzutragen
die man mühsam
Stein für Stein
um sein Innerstes
gebaut hat

wie schwer
zu begreifen
daß sie uns nicht schützt
sondern gefangenhält.

Aus unserer Arbeit

Christlicher Glaube begründet politische Verantwortung

Selsingen. „Politische Verantwortung aus Glauben konkretisiert sich im persönlichen Verhalten der Christen und im Handeln der Kirche als Gemeinschaft der Glaubenden.“ Das sagte Landessuperintendent **Jürgen Johannesdotter**, Stade, kürzlich auf einem Vortrags- und Gesprächsabend des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme in Selsingen. EAK-Kreisvorsitzender **Albert Rathjen**, Bremervörde, konnte unter den zahlreichen Ehrengästen auch den Selsinger Bürgermeister **Hans-Hermann Brandt** und den CDU-Landtagskandidaten **Kay Gerlach** begrüßen.

Postmoderne Religion

Karlsruhe. „Postmoderne Religion – Einstellungen der jungen Generation in Ost- und Westdeutschland“ – war das Thema des Theologischen Abendgesprächs des EAK Karlsruhe. Der Landesjugendpfarrer der Evangelischen Landeskirche Baden, **Dr. U. Fischer** stellte die im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland herausgegebene Studie „Jugend und Religion“ wie auch die jüngst erschienene Shell-Studie „Jugend 92“ vor. Die Bewertung ihrer Tendaussage: „Religion wird radikal zur Privatsache“, der Prozeß der Individualisierung von Religion unter jungen Menschen schreitet rasch voran – sowie aus den Studien abzuleitende Handlungskonsequenzen standen im Mittelpunkt des Abendgesprächs.

Die Lebensgesetze der Völker und die multikulturelle Gesellschaft

Montabaur. Das heute vielerorts angestrebte Zusammenwachsen der Menschheit zu einer globalen Einheit („One-world – Ideologie“) war für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU Westerwald Anlaß, das

Thema in theologischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht grundlegend zu beleuchten.

Der Stuttgarter Mathematiker **Prof. Dr. Bodo Volkmann** sprach beim EAK in Montabaur die kulturhistorisch-politische Dimension des Problems an.

Ausgehend von der weltweit zu beobachtenden, dramatisch fortschreitenden Umweltzerstörung, forderte Volkmann eine Modifizierung und vorsichtige Begrenzung der Souveränität aller Staaten der Erde.

„Mein Bekenntnis zu Deutschland als Jude“

Montabaur. Seit den Zeiten Karls des Großen leben in Deutschland Bürger jüdischen Glaubens.

Trotz mancher trauriger Rückschläge im Mittelalter entwickelten sie sich zu einem wesentlichen Bestandteil deutscher nationaler Identität.

„Jüdisches und deutsches Geistesleben gingen eine besonders enge Symbiose ein, und es ist wohl kein Zufall, daß die Assimilation der Juden in Deutschland – im Vergleich zur Entwicklung in anderen Ländern – besonders weit fortgeschritten war.“

Die Katastrophe des National-Sozialismus hat diese Jahrhunderte währende Entwicklung in tragischer Weise beendet. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Beziehungen zunächst sehr belastet. Um so erstaunlicher ist es, daß sich in den letzten 40 Jahren ein Neuanfang entwickeln konnte, weniger bedingt durch das Wirken von Politikern, Funktionären und Journalisten, als vielmehr durch menschliche Begegnungen im Rahmen von Urlaubsreisen oder humanitären Aktionen.

Die Ereignisse von Molln haben diese segensreiche Entwicklung empfindlich belastet – für den Evangelischen Arbeitskreis ein Anlaß, den international bekannten Journalisten **Gerhard Löwenthal** zu bitten, zu dem Verhältnis Juden und Deutsche ein hilfreiches, persönliches Wort zu sagen.

Gründung des Evangelischen Arbeitskreises Mecklenburg-Vorpommern

Greifswald. In Greifswald gründeten Mitglieder der CDU und an der Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises Interessierte den Evangelischen Arbeitskreis Mecklenburg-Vorpommern.

Eingeladen zu dieser Gründungsveranstaltung hatte in Fortsetzung der seinerzeit in Warnemünde gebildeten Vorbereitungsgruppe **Dr. Norbert Buske, MdL.**

Thema dieser Zusammenkunft waren „Erwartungen/Überlegungen zum Staatskirchenvertrag in Mecklenburg-Vorpommern“. Das einführende Referat hielt Oberkonsistorialrat **Dr. Christoph Ehrlich.** In dem sich anschließenden Meinungsaustausch wurde der Wunsch nach Intensivierung der Gespräche, wie sie der

Evangelische Arbeitskreis bietet, ausgesprochen. Dabei sei vor allem an kleine Gesprächsgruppen an verschiedenen Orten zu denken.

Vorsitzender wurde **Dr. Norbert Buske, MdL,** stellvertretender Vorsitzender **Dr. Ulrich Born.** Zu weiteren Mitgliedern des Vorstandes wurden **Prof. Bernd Hildebrandt,** Dekan der Theologischen Fakultät Greifswald; **Herbert Kautz,** Landrat des Landkreises Greifswald; **Prof. Dr. Günter Krause, MdB,** Bad Doberan; **Christian Meyer,** stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bürgerschaft Rostock und **Dr. Conrad Paetz,** Vorsitzender des Parteigerichtes der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Zwei weitere Vorstandsplätze bleiben – wie die Satzung es ermöglicht – vorerst offen, um bei Gelegenheit weitere Personen, die sich an der Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises beteiligen, die Möglichkeit einer Zuwahl in den Vorstand zu bieten.



Dr. Norbert Buske, MdL, und Dr. Ulrich Born (von links).

Keinem soll Religionsunterricht aufgezwungen werden

Erfurt – Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen weist den Vorwurf der Thüringer FDP zurück, die CDU habe den Schülern des Landes Religion als Unterrichtsfach aufzwingen wollen. Solch eine Formulierung steht im Gegensatz zu dem sonst von der FDP immer als ihr Grundprinzip formulierten Liberalismus.

Für die CDU ist Religion ein wichtiges Angebot im Schulun-

terricht. Daß in einem Land, in dem als Erbe der atheistischen Politik der SED-Machthaber der größte Teil der Jugendlichen nicht mehr getauft wurde, das Fach Ethik eingerichtet werden mußte, war immer unstrittig. Niemals hat die CDU geplant, die Schüler gegen ihren Willen im Fach Religion zu unterrichten.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Thüringen erinnert die FDP an die Pflichten und die Verantwortung als Koalitionspartner angesichts der Aufgabe ein Thüringer Bildungsgesetz zu schaffen.

EAK-Bezirksverband Ruhrgebiet:

Freitag, 15. Oktober 1993

**„Christliche Politik“ –
Möglichkeiten und Grenzen
Zum Grundsatzprogramm der CDU/CSU**
mit: **Dr. Norbert Lammert, MdB,**
Albrecht Martin und Peter Schneemelcher
Bochum

Informationen: **Dr. W. Schneemelcher,** Wartburgstr. 21,
58453 Witten, Tel. 0 23 02/9 10 10 14

Tagung des EAK Sachsen-Anhalt

12.-14. November 1993,

38875 Elbingerode (Harz)
Bibelheim Neuviandsburg,

Beginn: Freitag, 12. 11. 93, 19.00 Uhr bis
Sonntag, 14. 11. 93, 13.00 Uhr

**„Evangelische Bürger
in christlicher Verantwortung
für Sachsen-Anhalt“**

u.a. mit: **Hartmut Perschau,**
Innenminister aus Sachsen-Anhalt

Tagungsbeitrag: 70,- DM
Informationen: **Jürgen Scharf, EAK-Vorsitzender,**
Westernplan 10 a, 39108 Magdeburg

**EAK-Landestagung Baden
Ettlinger Schloß, Ettlingen**

Samstag, 16. Oktober 1993, 9.30 Uhr

**„Politik aus christlicher
Verantwortung –
Das neue Programm der CDU
für das geeinte Deutschland“**

10.30 Uhr Vortrag und Diskussion:
Bundesministerin **Dr. Angela Merkel, MdB**
(öffentlich)
12.15 Uhr Mittagspause
13.15 Uhr Vorstandsneuwahlen
15.30 Uhr Podiumsdiskussion
17.00 Uhr Schlußwort

Anmeldungen:
CDU-Landesgeschäftsstelle, Frau Blessing-Bräuninger,
Hohenheimer Str. 9, 70184 Stuttgart, Tel.: 07 11/2 10 43-23

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Dr. Angela Merkel, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke • Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf • Abonnementspreis jährlich 20,- DM • Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn • Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK

Aus dem Inhalt:

Mehr als eine selbstgerechte Konsumgesellschaft – Menschenrechtspolitik nach Ende des Kalten Krieges 1

Deutschland und Europa 4

Kirche und Nation 7

Den Dialog mit allen führen – Kirche im veränderten Deutschland 10

Kurz notiert 13

Büchermarkt 13

Unsere Autoren:

Dr. Friedbert Pflüger, MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Dr. Gerd Langguth
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Dr. Hartmut Löwe
Fritz-Erler-Str. 4
53113 Bonn

Dr. Werner Hofmann
Meiserstr. 11-13
80333 München

100% Altpapier
chlorfrei hergestellt

34. Bundestagung des EAK der CDU/CSU

22. und 23. Oktober 1993, St. Petri-Kirche, Lübeck

„Macht und Verantwortung –
Politik im Dienste der Menschen“

Programm

Freitag, 22. Oktober 1993:

14.00 Bundesarbeitskreissitzung
(Delegiertenversammlung)
mit Neuwahlen zum Bundesvorstand

18.00 Gelegenheit zur Kirchenbesichtigung
mit Pastor Günter Harig, Lübeck

19.00 „Am Sonnenhang. Tagebuch eines
Jahres“
Reiner Kunze, Obernzell

20.00 **Abendgespräch**
„Man soll Gott mehr gehorchen
als den Menschen“ –
Orientierung für politisches Handeln?
mit:
Bischof Karl Ludwig Kohlwege, Lübeck
Ministerpräsident Dr. Berndt Seite,
Schwerin

21.30 Empfang: durch CDU-Landesvorsit-
zenden Dr. Ottfried Hennig, MdL, Kiel

Samstag, 23. Oktober 1993:

9.00 **Geistliches Wort**
Bischof Karl Ludwig Kohlwege,
Lübeck

9.15 **Eröffnung** durch die/den
EAK-Bundesvorsitzende(n)



10.00 **Grußwort** des Bürgermeisters
Michael Bouteiller, Lübeck

10.15 **Im Dienste der Menschen:
Die Einheit gerecht gestalten!**

10.20 **Einführende Statements:**
Dr. h.c. Tyll Necker,
Landesbischof Christoph Stier,

11.00 **Podiumsdiskussion** mit:
Brunhilde Fabricius,
Mitglied im Rat der EKD, Kassel
Dr. Ottfried Hennig, MdL, Kiel
CDU-Landesvors., Schleswig-Holstein,
Peter Hintze, MdB,
Generalsekretär der CDU, Bonn
Tyll Necker, Präsident des BDI, Köln
Landesbischof Christoph Stier,
Schwerin
Christian Wulff, CDU-Bezirksvorsit-
zender, Osnabrück

Moderation: Renate Bütow, ARD,
Studio Berlin

13.00 Mittagessen

14.00 **Schlußvortrag**
Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, Bonn
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion

15.00 Schlußwort

Alle Mitglieder und interessierte Nichtmitglieder sind herzlich eingeladen!
Bitte jetzt Programm anfordern!